



München, 09.04.2019

Jahresbericht 2019

Einsatz von Projektträgern bei der Förderabwicklung (TNr. 46)

Mit offenen Karten spielen

Von 2009 bis 2015 gab das Wirtschaftsministerium 29,5 Millionen Euro für Projektträger aus. Das sind Dritte, die vom Wirtschaftsministerium in die Abwicklung von Förderprogrammen eingebunden werden. Bezahlt wurden die Projektträger aus Mitteln, die für die Wirtschafts- und Technologieförderung vorgesehen waren. Der ORH empfiehlt, die Leistungen an Projektträger künftig im Haushaltsplan offenzulegen. Nur so wird transparent, welcher Anteil der für die Förderprogramme vorgesehenen Mittel für externe wissenschaftlich-technische und administrative Unterstützung fließen soll. Vor der Beauftragung eines Projektträgers sollte zudem stets untersucht werden, ob die Förderung innerhalb oder außerhalb der Verwaltung besser und wirtschaftlicher abwickelbar ist. Für den Betrag, den das Wirtschaftsministerium an externe Dienstleister ausgereicht hat, hätten sich z. B. auch 39 Vollzeitkräfte sieben Jahre lang finanzieren lassen.

Das Wirtschaftsministerium setzte für die Abwicklung von 19 Förderprogrammen sechs verschiedene Projektträger (PT) ein. Diese externen Dienstleister übernahmen in der Regel die fachliche und administrative Beratung der Antragsteller, die Vorbereitung von Förderentscheidungen sowie die Projektbegleitung und ggf. die Erfolgskontrolle. Allerdings verhandelte jedes Referat in eigener Zuständigkeit mit dem PT. Zum Teil waren die Vergütungen oder die genauen Pflichten des PT nicht eindeutig vereinbart. Das Wirtschaftsministerium hatte zwar ein Projektträgerhandbuch entwickelt, das die Aufgaben und Zuständigkeiten konkretisiert; in den Vertrag einbezogen wurde dies aber nur bei einem PT. Teilweise wurden Zahlungen für Zeiträume geleistet, für die kein schriftlicher Vertrag vorlag. Weil die PT in den seltensten Fällen ihre Personalkosten differenziert abrechneten, war dem Wirtschaftsministerium meist nicht einmal eine Plausibilitätsprüfung der Rechnung möglich. Auch dass PT immer wieder ohne Zustimmung des Wirtschaftsministeriums weitere Sachverständige beizogen und so weitere Kosten entstanden, sieht der ORH kritisch.